Schlechtschreibreform

Jetzt Streit in der Union!

Berlin – **Die Schlechtschreibreform sorgt jetzt auch in der Union für Wirbel!**

Gestern scheiterten Abgeordnete der CDU/CSU mit einem Vorstoß, den Bundestag in die Debatte um die neuen Regeln der Rechtschreibung einzuschalten. CDU-Chefin Angela Merkel teilte den Parlamentariern vor der Fraktionssitzung vertraulich mit: „Die Unions-Länder machen Druck. Sie wollen nicht, daß sich der Bundestag damit beschäftigt."

In der Fraktion kam es daraufhin zu einem heftigen Wortwechsel mit dem CSU-Abgeordneten Peter Gauweiler. Der streitbare Parlamentarier aus Bayern erbost: **„Das dürfen wir uns von den Ländern nicht gefallen lassen!"** Merkel sagte zu: „Ich werde nochmals mit unseren Länder-Chefs reden."

Mit ihrem Antrag („Klarheit für eine einheitliche Rechtschreibung") wollte eine Gruppe von Abgeordneten um Gauweiler einen Fraktionsbeschluß herbeiführen, daß der Bundestag über die Rechtschreibreform noch einmal debattiert. Die CDU/CSU sollte die Regierung auffordern, den **„unbefriedigenden und verunsichernden Zustand durch eine klare Entscheidung über eine verbindliche Rechtschreibung auf allen staatlichen Ebenen zu beenden."**

In dem Antrag heißt es weiter: „Sechs Jahre nach der Reform leidet die deutsche Rechtschreibung zunehmend an Unverbindlichkeit und verunsichert weite Teile der Bevölkerung."

Hintergrund: Die Kultusminister der Länder hatten am 1. Dezember 1995 beschlossen, die umstrittene Rechtschreibreform zum 1. August 1998 zunächst parallel zu den alten Regeln einzuführen. Seitdem herrscht völlige Verwirrung – weil außerhalb der Schulen kaum jemand die geänderten Regeln befolgt. Im August 2005 sollte die neue Rechtschreibung verbindlich werden. (koc/rok)

Bildzeitung, 10.11.2004
Deutscher Bundestag - Pressedokumentation